

TRADE NEWS

Von der Wirtschaft für die Wirtschaft –
Schlaglichter der Handelspolitik



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000
Redaktion: Klemens Kober | E-Mail: kober.klemens@dihk.de | www.dihk.de

DIHK-Trade-News

Update	2
Ratifizierung der EU-Japan und Singapur-FTAs startet	2
EU plant Ursprungsrechner für Exporteure.....	2
Rat erteilt Kommission Verhandlungsmandat für multilateralen Investitionsgerichtshof	2
Veröffentlichung CETA-Zeitplan	3
Berichte 32. Verhandlungsrunde EU-Mercosur / 4. Verhandlungsrunde EU-Indonesien.....	3
Erstes EU-Mittelmeer Ministertreffen seit acht Jahren	3
EU-Kommission bereitet Schutzmaßnahmen gegen mögliche Stahlschwemme vor.....	3
Bundestag und WTO-Mitglieder besorgt über US-Zölle auf Stahl und Aluminium.....	3
Afrikanische Staatschefs unterzeichnen Freihandelsabkommen	4
Handelspolitik Montenegros und der Philippinen auf dem Prüfstand	4
Import-Zölle auf Kleinlaster: EU gewinnt WTO-Streit gegen Russland.....	4
Ressourcen	5
EUROCHAMBRES-Stellungnahme zu EG-Dual-Use-Verordnung verabschiedet.....	5
Berichtsentwurf des Europaparlaments zu FDI-Screening.....	5
EP-Studie: Zukünftige Handelsbeziehungen zwischen EU und Großbritannien.....	5
EP-Übersicht: US-Zölle und deren Auswirkungen auf WTO	5
SWP-Bericht zu Arbeitsstandards in Handelsabkommen	5
EP-Studie zu EU-Singapur Freihandelsabkommen	5
Bundesregierung zu CETA/Moldau-FTA/Russlandsanktionen/US-Strafzöllen/FDI	6
Eurostat: USA weiterhin wichtigster Handelspartner der EU.....	6
RGIT Corner – News aus Washington.....	6
USA kündigen 50 Mrd. US\$ Zölle auf chinesische Produkte und WTO-Verfahren an.....	6
Ausnahmen für Stahl- und Aluminiumzölle	7
Anhörung zur Erhöhung von US-Importzöllen	7
SPOTLIGHT NAFTA	7
Verkaufsverbot für ZTE verschärft Spannungen mit China	8
Konsultation zu USTR-Produktliste für Zölle auf chinesische Importe.....	9
Überarbeitung des U.S.–Südkoreanischen Freihandelsabkommens (KORUS)	9
Asia Corner – News aus Singapur.....	10
CPTPP-Ratifizierung läuft.....	10
Verhandlungen zu Pakistan-China Freihandelsabkommen abgebrochen	10

Update

Ratifizierung der EU-Japan und Singapur-FTAs startet

Die Europäische Kommission hat dem Rat der Europäischen Union am 18.04.2018 die [Ergebnisse der Verhandlungen](#) über das [Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Japan](#) sowie über das [Handels- und das Investitionsabkommen mit Singapur](#) vorgelegt. Dies ist der erste Schritt auf dem Weg zur Unterzeichnung und zum Abschluss dieser EU-only Abkommen, die nach Zustimmung von Rat und Europaparlament vollständig in Kraft treten werden. Damit kann Anfang 2019 gerechnet werden. Das Investitionsschutzabkommen mit Singapur muss außerdem noch das Ratifizierungsverfahren der Nationalparlamente durchlaufen.

Durchbruch EU-Mexiko Abkommen

Die Europäische Union und Mexiko haben sich am 21.04.2018 auf ein [agreement in principle](#) geeinigt. Es soll Teil eines umfassenderen, modernisierten Globalabkommens zwischen der EU und Mexiko sein und den Umfang des bisher geltenden Handelsabkommens erweitern. Das neue Abkommen bedeutet, dass 99 Prozent der Produkte zollfrei zwischen der EU und Mexiko gehandelt werden. In den nächsten Monaten werden die Detailfragen fertigverhandelt. Das Abkommen wird als gemischtes Abkommen von allen Nationalparlamenten ratifiziert werden.

EU plant Ursprungsrechner für Exporteure

Die EU-Kommission hat in ihrem [Antwortschreiben](#) auf eine Anfrage aus dem Europäischen Parlament zum Thema Ursprungsrechner am 05.03.2018 angekündigt, an einer Machbarkeitsstudie zu arbeiten. Ziel ist ein Online-Tool, das EU-Exporteuren helfen soll, den Ursprung ihrer Waren einzuordnen. DIHK und der europäische Kammerverband Eurochambres setzen sich seit langer Zeit hierfür, sowie für einfache Ursprungsregeln in Freihandelsabkommen, ein. Die EU-Kommission hatte Ende 2017 in ihrem ersten Implementierungsbericht zu den EU-Freihandelsabkommen die Steigerung der Nutzungsrate dieser Abkommen, die eng mit komplizierten Ursprungsregeln verbunden ist, als Priorität benannt.

Rat erteilt Kommission Verhandlungsmandat für multilateralen Investitionsgerichtshof

Die EU-Mitgliedstaaten haben der Kommission am 20.03.2018 das [Mandat zur Aufnahme von Verhandlungen über einen multilateralen Gerichtshof](#) erteilt. Ziel ist ein Übereinkommen zur Errichtung eines multilateralen Gerichtshofs, der für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zuständig ist. Erstmals macht der Rat damit ein Verhandlungsmandat zum Zeitpunkt seiner Annahme öffentlich. Seit 2015 verfolgt die Kommission einen neuen Ansatz bei der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten, der die Einbeziehung des „Investment Court Systems“ in die bilateralen Abkommen der EU vorsieht.

Veröffentlichung CETA-Zeitplan

Die EU-Kommission veröffentlicht fortlaufend einen [Zeitplan für die CETA-Ausschusssitzungen](#) und ihre Tagesordnungen, Berichte und andere Dokumente, um über die Fortschritte des CETA-Umsetzungsprozesses zu informieren. Dies ist Teil ihrer Verpflichtung zu einer transparenteren und integrativeren Handels- und Investitionspolitik.

Berichte 32. Verhandlungsrunde EU-Mercosur / 4. Verhandlungsrunde EU-Indonesien

Am 15.03.2018 hat die EU-Kommission die [Berichte über die jüngsten Verhandlungsrunden mit Indonesien und Mercosur veröffentlicht](#). Bei den [Mercosur-Verhandlungen](#) wird über die 32. Verhandlungsrunde vom 21. Februar bis 2. März berichtet. Obwohl in diesem Zeitraum große Fortschritte erzielt wurden, sind vor allem im Bereich Ursprungsregeln noch weitere Verhandlungen nötig. Der Bericht zur 4. Verhandlungsrunde mit [Indonesien](#) vom 19. bis 23. Februar erläutert die neuen Textvorschläge der EU-Kommission zu Ursprungsregeln und technischen Handelshemmnissen im Automobilsektor, die jetzt auch öffentlich zugänglich sind. Die nächste Verhandlungsrunde wird vor der Sommerpause in Brüssel stattfinden.

Erstes EU-Mittelmeer Ministertreffen seit acht Jahren

Erstmals seit acht Jahren fand wieder ein Handelsministertreffen der [Union für den Mittelmeerraum \(UfM\)](#) statt. Bei dem Treffen in Brüssel einigte man sich auf eine [Ministererklärung](#), die weitere Liberalisierungsschritte für den Mittelmeerraum fordert. Die UfM ist eine zwischenstaatliche Organisation von 43 Ländern, bestehend aus allen 28 EU-Mitgliedstaaten sowie 15 Mittelmeerpartnerländer aus Nordafrika, Westasien und Südeuropa.

EU-Kommission bereitet Schutzmaßnahmen gegen mögliche Stahlschwemme vor

Die Europäische Kommission hat am 26.03.2018 eine [Sicherheitsuntersuchung](#) eingeleitet, welche die Einfuhren von Stahlerzeugnissen in die EU betreffen. Dabei handelt es sich um eine Reaktion auf die US-amerikanischen Beschränkungen für Stahl- und Aluminiumimporte. Die Untersuchung könnte theoretisch zur Einführung von erga omnes Einfuhrzöllen oder -quoten führen. Die Einfuhren bestimmter Stahlerzeugnisse in die EU haben in den letzten Jahren zugenommen. Dieser Trend könnte sich weiter verstärken, da der Zugang zum US-Markt nun begrenzt ist und Stahlprodukte aus anderen Teilen der Welt, die zuvor für die USA bestimmt waren, nach Europa umgeleitet werden könnten. Die Untersuchung umfasst 26 Kategorien von Stahl und soll innerhalb von 9 Monaten abgeschlossen sein.

Bundestag und WTO-Mitglieder besorgt über US-Zölle auf Stahl und Aluminium

Der [Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestags](#) bewertete am 14.03.2018 die US-Stahlzölle als ernsthafte Gefahr für die Weltkonjunktur und die deutsche Wirtschaft. Weder seien die geplanten Maßnahmen rechtskonform noch begründet. Im WTO-Rat für Warenhandel äußerten über 40 WTO-Mitglieder am 23. März ihre [Besorgnis](#) über die Einführung höherer Zölle auf Einfuhren von Stahl und Aluminium durch die Vereinigten Staaten und die Auswirkungen auf das globale Handelssystem.

Afrikanische Staatschefs unterzeichnen Freihandelsabkommen

Die Staats- und Regierungschefs von fast 50 afrikanischen Ländern haben am 21.03.2018 in Kigali einen Vertrag zur Schaffung der afrikanischen kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA) unterzeichnet. Bei der konsequenten Umsetzung könnte so mit 1,2 Milliarden Menschen der größte Binnenmarkt der Welt mit einem gemeinsamen BIP von 2 Billionen USD entstehen. Ziel sei das Inkrafttreten bis Jahressende. 30 Tage nach der Ratifizierung von 22 Mitgliedern der Afrikanischen Union kann das Abkommen in Kraft treten. Laut Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) kann die Senkung der innerafrikanischen Zölle rund 3,6 Milliarden Dollar an Wohlfahrtsgewinn für den Kontinent bringen. Die EU-Kommission veröffentlichte am 22.03.2018 eine gemeinsame Erklärung. Die EU sei bereit, die Umsetzung zu unterstützen. Das Treffen zwischen der AU und der EU am 23. Mai in Brüssel werde eine wichtige Gelegenheit sein, dies weiter zu diskutieren.

Handelspolitik Montenegros und der Philippinen auf dem Prüfstand

Die erste Überprüfung der Handelspolitik Montenegros fand am 11.04.2018 statt. Sie erfolgte auf Basis eines Berichtes des Sekretariats der WTO und eines Berichtes der Regierung Montenegros. Die fünfte Überprüfung der Handelspolitik der Philippinen fand am 26. und 28. März 2018 statt. Die Mitglieder lobten die beeindruckende wirtschaftliche Leistung der Philippinen seit ihrer letzten Überprüfung im Jahr 2012. Dazu zählen das starke Engagement für das multilaterale Handelssystem und die aktive Rolle bei den Verhandlungen in Bereichen wie Fischerei-Subventionen. Die Mitglieder würdigten auch den Beitrag der Philippinen zur Förderung der WTO-KMU Agenda. Überprüfungen der Handelspolitik sind ein wichtiger Bestandteil der WTO: Alle Mitgliedstaaten der WTO werden regelmäßig Gegenstand einer solchen Untersuchung.

Import-Zölle auf Kleinlaster: EU gewinnt WTO-Streit gegen Russland

Die Europäische Union hat am 22.03.2018 in einem Streit über Russlands Antidumpingzölle auf deutsche und italienische leichte Nutzfahrzeuge bei der Welthandelsorganisation WTO gewonnen. Der Einspruch Russlands zur WTO-Entscheidung Anfang 2017 wurde abgelehnt. Russland hatte im Jahr 2013 Zölle für Kleinlaster in Höhe von 29,6 Prozent auf deutsche Importe und 23 Prozent auf Importe aus Italien verhängt, da nach Ansicht Russlands unfaire Preispraktiken vorliegen. Russland muss die Strafzölle nun abschaffen, beziehungsweise WTO-konform gestalten.

Ressourcen

EUROCHAMBRES-Stellungnahme zu EG-Dual-Use-Verordnung verabschiedet

Auf Basis der DIHK-Positionierung zur Reform der EG-Dual-use-Verordnung aus dem Jahr 2017 hat der DIHK eine EUROCHAMBRES-Stellungnahme veröffentlicht. Die finale Fassung der EUROCHAMBRES-Stellungnahme finden Sie [hier](#). Nachdem das Europäische Parlament Anfang 2018 seine Position verabschiedet hat, fehlt nun noch die Position des Rates.

Berichtsentwurf des Europaparlaments zu FDI-Screening

Der Ausschuss für internationalen Handel (INTA) [veröffentlichte am 07.03.2018 einen Entwurf eines Berichts](#) zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in die Europäische Union.

EP-Studie: Zukünftige Handelsbeziehungen zwischen EU und Großbritannien

Am 16.03.2018 veröffentlichte der Think Tank des Europaparlaments eine [Studie](#), die die verschiedenen Optionen für die zukünftigen Handelsbeziehungen zwischen der EU und Großbritannien nach dem Brexit analysiert. Zentrale Fragen hierbei sind der Grad der Marktintegration und Handelsliberalisierung mit der entscheidenden Wahl zwischen Freihandelsabkommen, Zollunion, oder einer weiteren Teilnahme am Binnenmarkt. Die Studie analysiert außerdem die Auswirkungen des Brexit auf die weitere Teilnahme Großbritanniens an den von der EU geschlossenen Handelsabkommen.

EP-Übersicht: US-Zölle und deren Auswirkungen auf WTO

Am 16.03.2018 veröffentlichte der Think Tank des Europaparlaments eine [Übersicht](#) veröffentlicht, die aktuelle Kommentare und Berichte von internationalen Think Tanks und Forschungsinstituten zu den US-Zöllen auflistet. Am 13.03.2018 veröffentlichte der Think Tank des Europaparlaments einen [Bericht](#), der die Auswirkungen der US-Zölle auf die WTO erläutert.

SWP-Bericht zu Arbeitsstandards in Handelsabkommen

Am 19.03.2018 veröffentlichte der Think Tank SWP einen [Bericht](#), der die Verankerung von ökologischen und sozialen Anliegen in Freihandelsabkommen untersucht. Dabei wird insbesondere der von der EU verfolgte Dialogansatz dem sanktionsbasierten Ansatz der USA gegenübergestellt.

EP-Studie zu EU-Singapur Freihandelsabkommen

Am 16.03.2018 veröffentlichte der Think Tank des Europaparlaments eine [Studie](#), die die Bestimmungen des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Singapur analysiert. Das Abkommen wird dabei mit anderen Freihandelsabkommen der „neuen Generation“, wie EU-

Korea und dem umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada verglichen.

Bundesregierung zu CETA/Moldau-FTA/Russlandsanktionen/US-Strafzöllen/FDI

In ihrer [Antwort](#) vom 15.02.2018 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion „Die Linke“ erläutert die Bundesregierung, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen von CETA noch nicht absehbar seien, da noch keine konkreten Zahlen vorliegen würden. In ihrer [Antwort](#) vom 19.03.2018 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ erläutert die Bundesregierung, dass laut Aussagen von diversen Mitgliedern der moldauischen Regierung eine Kooperation zwischen der Eurasischen Wirtschaftsunion EAWU und die Aufkündigung des EU-Moldau FTAs aktuell nicht zur Debatte stehe. In ihrer [Antwort](#) vom 07.03.2018 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion „Die Linke“ erläutert die Bundesregierung, dass die Russlandsanktionen den deutschen Außenhandel nur geringfügig betreffen. Der Rückgang des Handels mit Russland werde teilweise durch Verlagerung auf andere Märkte ausgeglichen. In ihrer [Antwort](#) vom 07.03.2018 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ nimmt die Bundesregierung zur Prüfung von ausländischen Direktinvestitionen Stellung.

Eurostat: USA weiterhin wichtigster Handelspartner der EU

Eine am 26.03.2018 veröffentlichte [Handelsstatistik](#) der EU-Statistikbehörde Eurostat zeigt, dass die USA weiterhin der wichtigste Handelspartner der EU sind. Im vergangenen Jahr lagen die Vereinigten Staaten mit 16,9 Prozent des gesamten Warenverkehrs im Außenhandel (631 Milliarden Euro) auf Platz 1, gefolgt von China (15,3 % und 631 Mrd. Euro), der Schweiz und Russland.

RGIT Corner – News aus Washington

USA kündigen 50 Mrd. US\$ Zölle auf chinesische Produkte und WTO-Verfahren an

Am 22.03.2018 unterzeichnete Präsident Trump ein [Memorandum](#), das die Einführung von 25%igen Zöllen im Umfang von 50 Mrd. US\$ pro Jahr auf chinesische Produkte ankündigt. Grundlage hierfür sind die [Ergebnisse der im August 2017 angestoßenen Untersuchung](#) zum Diebstahl geistigen Eigentums und erzwungener Technologietransfer durch China, die darlegen, dass die USA durch Chinas Praktiken massive Nachteile erlitten hätten. Die Liste der betroffenen Produkte soll in zwei Wochen für eine 30-tägige Konsultation veröffentlicht werden; sie umfasse u.a. Raumfahrt, Informations- und Kommunikationstechnologie und Maschinen. Das Memorandum beauftragt außerdem das Finanzministerium, Investitionsbeschränkungen für chinesische Investoren in strategische Technologien vorzubereiten. Gleichzeitig soll der US-Handelsbeauftragte ein WTO-Verfahren zu Chinas Vergabepraktiken zu Technologielizenzen anstoßen. Im Rahmen einer Anhörung des Finanzausschusses im Senat am 22.03. gab der US-Handelsbeauftragte Lighthizer zu Protokoll, dass er in Zukunft weitere *Section 301*-Untersuchungen erwarte – in Bereichen, in denen US-Unternehmen nicht-reziproke Behandlung erfahren und nicht mit Unternehmen, sondern Staaten im Wettbewerb stünden.

Ausnahmen für Stahl- und Aluminiumzölle

Der US-Handelsbeauftragte Lighthizer verkündete am 22.03. 2018 im Rahmen einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses im Senat, dass neben Kanada und Mexiko auch Korea, Europa, Australien, Argentinien und Brasilien temporär von den US-Stahl- und Aluminiumzöllen ausgenommen würden, die [ab dem 23.03.](#) gelten, während permanente Ausnahmen verhandelt werden. Das US-Wirtschaftsministerium hat [außerdem Richtlinien veröffentlicht](#), wie in den USA ansässige Wirtschaftsbeteiligte produktspezifische Ausnahmen beantragen können.

Anhörung zur Erhöhung von US-Importzöllen

Am 12.04. 2018 organisierte der *Ways and Means*-Ausschuss im Repräsentantenhaus eine [Anhörung](#) zu den wirtschaftlichen Folgen der Erhöhung von US-Importzöllen. In seinem [Auftragsstatement](#) kritisierte der *Ways and Means*-Vorsitzende Kevin Brady (R-TX) Chinas Handelspraktiken als unfair, unterstrich jedoch, dass Lösungen gefunden werden müssen, die nicht die US-amerikanische Wirtschaft und Konsumenten bestrafen. Er sehe die geplanten und implementierten Zölle als Bedrohung für den Wirtschaftsstimulus, der durch die Steuerreform geschaffen wurde und warb für spezifische, zielgerichtete Maßnahmen in Koordination mit internationalen Partnern. Die meisten der geladenen Wirtschaftsvertreter unterstützten diese Linie und legten zum Beispiel dar, dass Stahlpreise in den USA seit der Ankündigung der Zölle bereits so stark gestiegen seien, dass Aufträge ins Ausland abwanderten und somit US-Arbeitsplätze abgebaut werden müssten. Die Regierung solle dafür sorgen, dass China den Marktzugang für US-Agrarprodukte verbessere, so dass US-Exporte das Handelsdefizit senken könnten, statt mit Zöllen Gegenmaßnahmen zu riskieren, so der Vertreter des amerikanischen Sojabohnenverbands. Der Vertreter der Stahlindustrie wies darauf hin, dass der Handelskrieg weder neu noch von den USA initiiert sei, sondern die Stahlbranche seit langem erheblich unter dem unfairen Wettbewerb mit China leide und die Maßnahmen der US-Administration daher zu unterstützen seien.

SPOTLIGHT NAFTA

Am 21.03.2018 sandten 103 republikanische Senatoren und Abgeordnete aus dem Repräsentantenhaus einen [Brief an den US-Handelsbeauftragten \(USTR\)](#), in dem sie warnten, dass ein modernisiertes NAFTA ohne einen starken Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (ISDS) die Unterstützung der Republikaner im Kongress für NAFTA gefährden würde. Die vom Kongress erteilte *Trade Promotion Authority* sehe eindeutig ISDS-Klauseln für US-Handelsabkommen vor und Abstriche in diesem Bereich hätten dazu geführt, dass der Rückhalt der Republikaner für das TPP-Abkommen (*Transpacific Partnership Agreement*) geschrumpft sei. Auch in der [fast vierstündigen Anhörung](#) des *Ways and Means*-Ausschusses mit USTR Lighthizer am 21.03. gab es intensive Diskussionen zu dem Thema zwischen Lighthizer und u.a. dem *Ways and Means*-Vorsitzenden Kevin Brady (R-TX). Lighthizer betonte, ISDS dürfe nicht dazu führen, dass Arbeitsplätze vermehrt aus den USA nach Mexiko ausgelagert würden. Viele Abgeordnete nutzten die Anhörung auch, um ihre Bedenken in Bezug auf die negativen Auswirkungen eines NAFTA-Austritts, der geplanten Stahl- und Aluminiumzölle sowie der zu erwartenden Gegenmaßnahmen insbesondere auf die Landwirtschaft der USA deutlich zu machen.

Am 04.04.2018 traf sich der US-Handelsbeauftragte Lighthizer mit dem mexikanischen Wirtschaftsminister Guajardo, um über NAFTA zu diskutieren. Am 5. April standen Gespräche zwischen Lighthizer und der kanadischen Außenministerin Freeland auf der Agenda, ehe sich am Freitag die Minister aller drei NAFTA-Länder gemeinsam treffen. Die Gespräche auf Ministerebene, die von zahlreichen Treffen der Chefunterhändler und themenspezifischen Verhandlungsführern begleitet werden, ersetzen die formelle 8. Verhandlungsrunde, die ursprünglich ab dem 8. April geplant war. Mexiko gab zu Protokoll, realistischer sei zu diesem Zeitpunkt eine Einigung über mehrere Kapitel und Wege, um noch ausstehende Probleme zu adressieren. Während die Verhandler intensiv an Fortschritten arbeiten, drohte US-Präsident Trump am 1. April auf Twitter damit, NAFTA aufzukündigen, wenn Mexiko nichts gegen die Immigration von Lateinamerikanern über Mexiko in die USA und den Drogenhandel an der US-Grenze unternehme.

Am 09.04.2018 gab der mexikanische Wirtschaftsminister Ildefonso Guajardo ein [Fernsehinterview](#), in dem er von den NAFTA-Ministertreffen in Washington, D.C. berichtete. Er sagte, es gäbe Bewegung bei kritischen Themen und die USA hätten zum Beispiel bei den Ursprungsregeln für Autos neue Ideen eingebracht, bei denen es um die Löhne in der Automobilproduktion ginge und nicht mehr um den zuerst geforderten stark erhöhten regionalen Wertschöpfungsanteil. Gleichzeitig kritisierte er, dass die USA zu diesen Vorschlägen noch nicht die heimische Industrie konsultiert habe. Er sagte weiterhin, es bestehe eine 80-prozentige Chance, dass es in der ersten Maiwoche eine grundsätzliche Einigung zu NAFTA gäbe. Denn bei einer späteren Einigung sei es aufgrund von prozeduralen Vorschriften nicht mehr möglich, diese im aktuellen US-Kongress zur Abstimmung zu bringen. Und da sich die Mehrheitsverhältnisse nach den US-Zwischenwahlen im November ändern könnten, würde dies eventuell zu anderen Inhalten führen, so Guajardo.

Im Rahmen des Amerika-Gipfels, der vom 13. - 14.04.2018 in Peru stattfand, zeigten sich Vertreter der US-Regierung optimistisch, was den Abschluss der NAFTA-Verhandlungen angeht. US-Vizepräsident Mike Pence sagte, der Abschluss sei in naher Zukunft wahrscheinlich, während US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross äußerte, eine Einigung könne in der dritten Maiwoche erzielt werden. Dieser Zeitplan würde eine Verabschiedung des neuen Textes durch den aktuellen US-Kongress nahezu unmöglich machen und voraussichtlich auf eine Prüfung durch den neuen Kongress nach den US-Zwischenwahlen im November 2018 mit potenziell veränderten Mehrheitsverhältnissen hinauslaufen. Der US-Handelsbeauftragte Lighthizer sagte seine Teilnahme an dem Treffen in Lima ab. Trotz intensiver Diskussionen der Verhandlungsteams auf technischer Ebene zeichnen sich noch keine Kompromisse bei den kontroversen Themen ab. Die mexikanische Wirtschaft reagierte ablehnend auf US-Vorschläge, NAFTA-Präferenzen an einen Stundenlohn von mindestens 15 US\$ zu knüpfen.

Verkaufsverbot für ZTE verschärft Spannungen mit China

Am 16.04.2018 hat die US-Administration amerikanischen Firmen untersagt, in den nächsten sieben Jahren Teile und Software an das chinesische Unternehmen ZTE zu verkaufen. Das US-Wirtschaftsministerium begründete das Verbot damit, dass ZTE gegenüber der US-Regierung wiederholt falsche Angaben gemacht und Leitungspersonal für illegale Versendung von Telekommunikationsgerätschaften in den Iran und Nord-Korea nicht

bestraft, sondern mit Bonuszahlungen belohnt habe. China drohte mit Vergeltungsmaßnahmen, um die Interessen chinesischer Firmen zu schützen.

Konsultation zu USTR-Produktliste für Zölle auf chinesische Importe

Am 03.04.2018 veröffentlichte der US-Handelsbeauftragte zur Konsultation eine Liste an Produkten, die er mit einem 25%igen zusätzlichem Einfuhrzoll belegen möchte als Reaktion auf die seiner Einschätzung nach unfairen Praktiken Chinas im Bereich des Technologietransfers und Diebstahls geistigen Eigentums. Die Liste umfasst über 1.300 Zolltariflinien und ein Handelsvolumen von 50 Mrd. US\$. Die betroffenen Produkte sind schwerpunktmäßig Komponenten für Maschinen, Luft- und Raumfahrt, Telekommunikations- und Informationstechnologien sowie Elektronik. Kommentare zur Produktliste können schriftlich bis zum 11.05.2018 eingereicht werden. Am 15.05.2018 findet außerdem in Washington eine öffentliche Anhörung zu den geplanten Zöllen statt, für die man sich bis zum 23. April als Sprecher bewerben kann. China verurteilte die angekündigten Maßnahmen als WTO-widrig, reichte bei der WTO einen Antrag auf Konsultation mit den USA ein und kündigte an, im Falle der tatsächlichen Einführung der Zölle nach Ende der Konsultationen US-amerikanische Waren ebenfalls im Wert von 50 Mrd. US\$ mit Zöllen belegen zu wollen. Die genannten Produkte umfassen u.a. Agrarprodukte wie Fleisch und Sojabohnen, Flugzeuge, Autos und Chemikalien.

Überarbeitung des U.S.-Südkoreanischen Freihandelsabkommens (KORUS)

Am 28.03.2018 verkündeten die USA und Korea offiziell, dass beide Staaten eine Einigung zur Aktualisierung des seit 2012 bestehenden Freihandelsabkommens KORUS erzielt haben. KORUS war von Präsident Trump als nachteilig für die USA kritisiert worden, zeitweise war die Rede von einer Aufkündigung des Abkommens. Änderungen im Automobilbereich umfassen u.a. die Erhöhung der Importquoten für US-Autohersteller von 25.000 Fahrzeugen pro Hersteller und Jahr auf 50.000 Stück. Zusätzlich werden die USA ihre Zölle auf Pickup-Trucks aus Südkorea bis 2041 verlängern. Korea will auch US-Sicherheitsstandards anerkennen und die Ursprungsverifizierung bei der Verzollung beschleunigen. Seoul verweigerte eine weitere Öffnung des Landwirtschaftssektors, prüft aber gleichwertige Anreize für pharmazeutische Unternehmen aus den USA. Außerdem soll eine Zusatzvereinbarung zur Vermeidung von Währungsmanipulation unterzeichnet werden, die jedoch nicht Bestandteil des Abkommens ist. Die Parteien einigten sich auch darauf, dass Südkorea eine Quote für Stahlprodukte erhält, die 70% der durchschnittlichen Exportmengen der letzten drei Jahre entspricht. Die unter die Quote fallenden 2,68 Millionen Tonnen an Stahlprodukten pro Jahr werden im Gegenzug von den zuletzt verabschiedeten Zöllen auf Stahl ausgenommen.

Asia Corner – News aus Singapur

CPTPP-Ratifizierung läuft

CPTPP wurde im März 2018 in Chile erfolgreich unterschrieben und wird nun ratifiziert. Das Abkommen tritt erst in Kraft, wenn sechs der elf Vertragspartner das Abkommen ratifiziert haben. Am 25.04.2018 hat Mexiko als erstes Land das Abkommen ratifiziert.

Verhandlungen zu Pakistan-China Freihandelsabkommen abgebrochen

Am 02.04.2018 hat Pakistan nach der zehnten Runde die Verhandlungen des Pakistan-China Freihandelsabkommens abgebrochen. Pakistans Industrie hatte lange gegen die Verhandlungen plädiert.

Dies könnte Sie auch interessieren:

Brexit Newsletter

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/europaeischeunion/brexit/newsletter>

NewsInternational

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/news-international>